

»Die Menschen wollen keine Atomkraft«

Dass wir den Umbau des Energiesystems hin zu 100 Prozent erneuerbaren Energien schnellstmöglich vorantreiben müssen, darüber sind sich Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), grundsätzlich einig. Doch die Rolle der Atomkraft bis dahin bewerten beide unterschiedlich.

Das Gespräch führte Marion Blitz.



schrägstrich: Wenn Sie angesichts der aktuellen Debatte um die Atomkraft zurückblicken, Herr Baake: Hätte der Atomkonsens, den Sie damals als Staatssekretär im Bundesumweltministerium mit verhandelt haben, anders aussehen müssen?

Rainer Baake: Es gab in der deutschen Geschichte nur ein kleines Zeitfenster mit parlamentarischen Mehrheiten für einen Atomausstieg. Das haben wir genutzt. Die Kompromisse, die wir schließen mussten, gingen für die Grünen bis an den Rand des Erträglichen. Die Alternative wäre allerdings bei den damaligen Machtverhältnissen gewesen: kein Atomausstieg. Vor diesem Hintergrund halte ich den Atomkonsens und die Atomgesetz-Novelle von 2002 für vertretbar und einen großen Fortschritt. Wir sehen ja jetzt, dass vieles selbst von Konservativen nicht mehr in Frage gestellt wird. Schwarz-Gelb traut sich weder, das Neubauverbot für Kernkraftwerke aufzuheben, noch erneut in die Wiederaufarbeitung von Plutonium einzusteigen.

schrägstrich: Aber eine Laufzeitverlängerung wird diskutiert und Sie, Frau Professor Kemfert, sprechen sich in der DIW-Studie »Nachhaltige Energieversorgung« dafür aus.

Claudia Kemfert: Wir sprechen uns nicht für eine Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken aus, sondern wir fordern einen gangbaren Weg hin zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien, daher der Untertitel „Beim Brückenschlag das Ziel nicht aus den Augen verlieren“. Derzeit wird in Deutschland knapp 50 Prozent des Stroms aus Kohlekraftwerken gewonnen, von denen etwa die Hälfte alt sind und in den kommenden zehn Jahren vom Netz gehen könnten. Kohle ist wie die Kernkraft keine Zukunftstechnologie. Auf den Zubau von Kohlekraftwerken kann verzichtet werden, wenn rasch in den Ausbau der erneuerbaren Energien investiert wird. Ein Weg in eine sichere und saubere Energieversorgung ist die Nutzung existierender Kraftwerke als Brücke bis durch Speichertechnologien und Netzausbau eine Integration der erneuerbaren Energien.

erbaren Energien gesichert wird. In der Studie nennen wir die folgenden vier Brückenpfeiler: Förderung der erneuerbaren Energien, Ausbau der Netze und Energiespeicher, Ausbau des Europäischen Stromverbunds und Verzicht auf den Neubau von Kohlekraftwerken. Derzeit sind etwa 26 neue Kohlekraftwerke geplant, diese sollte man nicht bauen, da es den Umbau des Energiesystems behindert. Im Grunde geht es nicht um Erneuerbare versus Atom, sondern um Kohle versus Atom. Unsere Sorge ist, dass, wenn man die Atomkraftwerke früh abschaltet, die geplanten Kohlekraftwerke allesamt gebaut werden.



schrägstrich: Herr Baake, Sie halten dagegen, eine Laufzeitverlängerung wäre eine Sackgasse auf dem Weg zu Erneuerbaren.

Baake: Frau Kemfert geht in ihrer Studie von falschen Annahmen aus. Sie unterschätzt die Geschwindigkeit beim Ausbau der Erneuerbaren, wenn Sie sagt 35 Prozent Anteil an der Stromerzeugung bis 2020. Selbst die Bundesregierung prognostiziert in ihrem neuen »Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energien« einen Anteil von fast 40 Prozent bis 2020 – ohne zusätzliche staatliche Maßnahmen ...

Kemfert: Unsere Studie erschien Anfang Juni, also vor dem »Aktionsplan«, und wir haben uns auf die zu diesem Zeitpunkt gültigen Zahlen der Bundesregierung gestützt.

Baake: Der zweite Fehler ist, dass als Nutzungsdauer der bestehenden fossilen Kraftwerke 40 Jahre unterstellt werden. Tatsächlich sind aber Kohlekraftwerke am Netz, die 55 Jahre und älter sind. Die Kapazitäten des fossilen Kraftwerksparks sind also wesentlich größer. Diese falschen Annahmen führen zu der falschen Schluss-

folgerung, es ginge nicht ohne eine Laufzeitverlängerung. Übersehen wird zudem, dass eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten zu einem massiven Konflikt im Stromsystem führen wird. Der konventionelle Kraftwerkspark muss flexibilisiert werden, um sich an die stark schwankenden Einspeisungen von Wind- und Sonnenstrom anpassen zu können, damit das Gesamtsystem funktioniert. Eine Laufzeitverlängerung für inflexible Atomkraftwerke ist das genaue Gegenteil davon.

Kemfert: Eine Laufzeitverlängerung von Kohlekraftwerken bedeutet, dass völlig ineffiziente Altanlagen länger laufen und somit jede Menge klimafährliche Treibhausgase produzieren. Noch einmal: Der Anteil von Kohlestrom sollte deutlich vermindert werden. Wichtig sind die kontinuierliche Förderung erneuerbarer Energien und der Ausbau der Netze und Stromspeicher.

»Der Anteil von Kohlestrom muss deutlich verringert werden.«

Baake: Die CO₂-Emissionen der fossilen Kraftwerke sind durch den Emissionshandel gedeckelt und werden sich durch eine AKW-Laufzeitverlängerung nicht verändern. Ich bin strikt gegen den Bau von neuen Kohlekraftwerken, weil durch sie die langfristigen Klimaziele unerreichbar werden. Die Behauptung, wir hätten nur die Wahl zwischen Atom und Kohle ist falsch. Für den Übergang in eine Vollversorgung mit Erneuerbaren brauchen wir mehr Kraftwerke, die flexibel auf die variable Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom reagieren können und die sich auch dann rechnen, wenn sie wegen des Vorrangs der Erneuerbaren nur 2.000 bis 3.000 Stunden im Jahr laufen. Diese Voraussetzungen erfüllen nur Gaskraftwerke.

Kemfert: Ja, Gas ist wichtig und effizient, wenn man Strom und Wärme gleichzeitig produziert. Gas ist übrigens auch im Bereich Mobilität und Gebäudeenergie wichtig, das wird leider in der Energiediskussion völlig vergessen. Bei Kohle und Atom sprechen wir von knapp 70 Prozent der Stromerzeugung, die man in zehn Jahren nicht komplett durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke ersetzen können. Aber Gas kann ein wichtiger Eckpfeiler zum Umbau sein. Es wird in Deutschland so wenig genutzt, weil bei uns der Gas- an den Ölpreis gekoppelt und insofern viel zu hoch ist. Da müsste die Politik dringend für mehr Wettbewerb sorgen.

Baake: Aber das Schlimmste für den Wettbewerb wäre doch eine Laufzeitverlängerung, weil diese den vier marktbeherrschenden Energieunternehmen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW Extragewinne in Milliardenhöhe bescheren und so den Wettbewerb über Jahrzehnte verzerren würde. Auch deshalb – um die Marktdominanz der vier großen Konzerne zu brechen – muss es beim Atomausstieg bleiben.

Kemfert: Die Marktdominanz kann man mindern, wenn man auf Kohle verzichtet. Wenn in dem Umfang, wie Atomkraft wegfällt, neue Kohlekraftwerke gebaut werden, wird der identische Marktanteil zementiert.

Baake: Wem sagen Sie das? An jedem Standort, an dem in den letzten Jahren Kohlekraftwerke gebaut werden sollten, hat es massiven Widerstand der Bevölkerung und der Umweltverbände gegeben. Es wurden ungefähr genauso viele neue Kohlekraftwerke verhindert wie genehmigt und gebaut. Die vier großen Energiekonzerne haben sich inzwischen vom Bau neuer Kohlekraftwerke weitgehend verabschiedet. Begonnenes wird fertig gestellt, aber neue Projekte werden nicht mehr angepackt.

Kemfert: Das ist leider Wunschglauben. Ich wohne in Nordwestdeutschland. Dort behindern Bürgerproteste seit zehn Jahren den Ausbau der Stromnetze und somit den Ausbau der Windanlagen. Neue Kohlekraftwerke wurde soeben gebaut – ohne Bürgerproteste.

schrägstrich: Die starke Förderung der Erneuerbaren ist ja teilweise sehr unter Beschuss und die Bundesregierung hat das in der aktuellen Novelle des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) auch nach unten korrigiert.

Kemfert: Es ist sinnvoll, die Subventionen zu kürzen, wenn die Kosten sinken. Insofern kann ich mit der aktuellen EEG-Novelle leben. Man muss aber aufpassen, dass nicht zu viel gekürzt wird und der Markt zu sehr in Bedrängnis kommt.

Baake: Das EEG funktioniert so gut, weil es zwei Elemente beinhaltet: eine auskömmliche, keine überhöhte Einspeisevergütung, damit privates Kapital in eine klimafreundliche Stromerzeugung investiert wird, und ein gesetzlicher Einspeisevorrang der Erneuerbaren. Letzterer wird durch eine Laufzeitverlängerung massiv unter Druck geraten, weil er sich mit den inflexiblen AKWs nicht verträgt.

»Durch eine Laufzeitverlängerung wird der Vorrang von Erneuerbaren unter Druck geraten.«

schrägstrich: Was erwarten Sie vom Energiekonzept, das die Bundesregierung im Herbst vorlegen will?

Kemfert: Leider hat man viel zu lange mit dem Konzept gewartet und dreht sich immer wieder im Kreis. Es gibt ja für alle Szenarien wissenschaftliche Studien, die man hätte vernünftig auswerten sollen, anstatt auf Zeit zu spielen. Ein Energiekonzept müsste natürlich umfassend sein und Kohlekraft, Gas, die Förderung der

Erneuerbaren, den Netzausbau und die Speicherung einbeziehen – und nicht die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken in den Mittelpunkt rücken. Wenn man wirklich eine Laufzeitverlängerung umsetzen will, muss man gleichzeitig einen Teil der Gewinne in den Umbau des Energiesystems stecken, das heißt, die erneuerbaren Energien weiter fördern und die Netze und Stromspeicher ausbauen. Zudem muss der Gasmarkt entkrustet werden, der Gaspreis sollte ein fairer Marktpreis sein, sodass es attraktiver wird, Gas zu nutzen. Und auf den Zubau von Kohlekraftwerken sollte man verzichten.



Baake: Union und FDP waren fürchterlich schlecht auf ihre Wunschkoalition vorbereitet. Sie hatten kein Energiekonzept, obwohl die Union seit 2005 die Kanzlerin und den Wirtschaftsminister stellte. Die Union hat es versäumt, einen parteiinternen Konsens darüber herzustellen, wohin die Reise gehen soll, ähnlich die FDP. Weil sie kein Energiekonzept hatten, lassen sie sich jetzt von wissenschaftlichen Instituten eins schreiben, dessen einziger und durchsichtiger Zweck die Legitimation der politisch gesetzten Laufzeitverlängerung ist. Wenn es der Regierung mit dem „Regenerativen Zeitalter“ ernst wäre, würde sie nicht die Schlachten ums Atom erneut schlagen, sondern sich um die wichtigen Zukunftsfragen kümmern: Wie flexibilisieren wir den konventionellen Kraftwerkspark, wie schaffen wir ein leistungsfähiges und intelligentes Transportnetz, wie bauen wir ein ausreichend dimensioniertes Speichersystem auf, um auf konventionelle Kraftwerke künftig ganz zu verzichten?

schrägstrich: Im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung geht es auch um eine Brennelementesteuer. Wie stehen Sie dazu, Frau Kemfert?

Kemfert: Grundsätzlich befürworten wir eine Brennelementesteuer. Leider ist sie jedoch zur Haushaltssanierung vorgesehen. So kann man zwar Haushaltslöcher stopfen, aber nicht das Energiesystem umbauen. Eine Brennelementesteuer wäre verkraftbar, da die Konzerne viel Geld pro Jahr verdienen. Dass sich die Konzerne nun mit Händen und Füßen dagegen wehren, ist kein gutes Zeichen.

schrägstrich: Würde eine solche Abgabe eine Laufzeitverlängerung für Sie, Herr Baake, ein wenig „erträglicher“ machen?

Baake: Falsches wird nicht dadurch richtig, dass jemand Geld dafür zahlt.

schrägstrich: Glauben Sie, eine Laufzeitverlängerung wäre gesellschaftlich durchsetzbar?

Baake: Es wird im Herbst und Frühjahr ein Kräftemessen geben und ich sehe mit Vergnügen, dass der größte Kämpfer für eine Laufzeitverlängerung, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, gleichzeitig die größte Angst davor hat, diese Politik im Wahlkampf vertreten zu müssen. Mappus drängt auf eine schnelle Änderung des Atomgesetzes, weil er sieht, dass auch seine Wählerinnen und Wähler die Zukunft nicht in der Atomenergie, sondern in den Erneuerbaren sehen. Die Messe ist noch nicht gesungen.

Kemfert: Die Menschen in Deutschland wollen keine Kernenergie, sondern Erneuerbare. Das muss man so stehen lassen. Ich denke allerdings – da bin ich weniger optimistisch, dass eine Diskussion um die Strompreise kommen wird und damit um die Förderung der Erneuerbaren. Die Industrieverbände puschen massiv Argumente, der Strompreise werde aufgrund einer explodierenden EEG-Umlage steigen. Da gibt es Horrorzahlen von anderen Wirtschaftsinstituten, die wir vom DIW zwar nicht nachvollziehen können, aber die in der sforderungen liegen bei den Netzen und Speichern.

Baake: Das sehe ich anders. Ziel des EEG ist nicht die Dauersubventionierung, sondern die Förderung des technischen Fortschritts bei der Erschließung der erneuerbaren Energiequellen. In den kommenden zehn Jahre werden Onshore-Windenergieanlagen gebaut werden, die das EEG nicht mehr benötigen. Die Photovoltaik wird Strom zum selben Preis produzieren wie er aus der Steckdose kommt. Dann gibt es einen Boom, der auf die EEG-Förderung nicht mehr angewiesen ist. Wir wären gut beraten, uns heute auf diese Situation vorzubereiten. Die großen Herausforderungen liegen bei den Netzen und Speichern. ■

Zu den Personen

Claudia Kemfert leitet seit 2004 die Abteilung „Energie, Verkehr, Umwelt“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und hat die Professur für Energiewirtschaft und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance inne. Sie ist Co-Autorin der DIW-Studie „Nachhaltige Energieversorgung: Beim Brückenschlag das Ziel nicht aus dem Auge verlieren“ (Juni 2010).

Rainer Baake ist seit 2006 Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Der Wirtschaftswissenschaftler trat 1983 den Grünen bei. Als Staatssekretär im hessischen Umweltministerium (1991-1998) legte er mit Umweltminister Joschka Fischer die Hanauer Nuklearbetriebe still und handelte als Staatssekretär im Bundesumweltministerium (1998-2005) den Atomausstieg mit aus.
